

I. Die Weimarer Republik (1919 – 1933)

1. Grundwissen zum Ende des 1. Weltkrieges

- Niederlage des Deutschen Reiches ab August 1918 unvermeidbar.
- Ende Okt. revolutionäre Unruhen für den Frieden und gegen den Kaiser.
- 9. Nov. 1918: Der Kaiser wird zum Rücktritt gezwungen: Deutschland ist somit **Republik**.
- 11. Nov. 1918: Vertreter der demokratisch eingestellten Parteien (SPD, Zentrum, DDP) unterschreiben den Waffenstillstand und erkennen Deutschlands Niederlage an.
- Chaos im besiegten Deutschland und Spaltung der Bevölkerung in drei politische Richtungen:
 - **Rechtsextrem**: für die Wiedereinführung des Kaiserreichs (antidemokratisch)
 - **Mitte**: für eine demokratische Republik (Gewaltenteilung und demokratische Wahlen)
 - **Linksextrem**: für eine sozialistische Republik (Ein-Parteien-Diktatur durch Entmachtung der Reichen -> „Diktatur des Proletariats“)

2. Die Demokratie setzt sich durch: Gründung der Weimarer Republik

- Niederschlagung sozialistischer Revolutionsversuche (z. B. den „Spartakusaufstand“ Jan. 1919) mit Hilfe der noch immer kaiserlich denkenden Armee und rechtsradikalen **Freikorps**.
- 19.01.1919: Gesamtdeutsche Wahl einer **Nationalversammlung** mit schwachen Ergebnissen für rechts- und linksradikale Parteien (nur 7,5% für die sozialistische USPD!). Die demokratisch eingestellte „**Weimarer Koalition**“ (SPD + Zentrum + DDP) erreicht **76%** der Sitze.
- Aufgaben der Nationalversammlung:
 - Ausarbeitung einer **Verfassung** (= Staatsgründung): ab 11.8. gültig
 - Wahl eines Reichspräsidenten (= Staatsoberhaupt): Ebert (SPD)
 - Zustimmung zum **Friedensvertrag von Versailles**



Die Entwicklung einer stabilen Demokratie scheint zunächst gesichert.

3. Der Versailler Vertrag von 1919: Ursache für neue Konflikte statt dauerhafter Frieden für Europa

- Verhandlungen aller Siegermächte im Schloss von Versailles ohne deutsche Beteiligung.
- Vertragsbestimmungen werden in Deutschland als **demütigend** und viel zu hart **empfunden („Schandfriede“)**:
 - Gebietsverluste mit starker industrieller Wirtschaftskraft
 - Drastische Abrüstung
 - Hohe Reparationsforderungen (auch Demontagen und Sachgüter)
 - Deutsche Anerkennung seiner Alleinschuld am Krieg (Art. 231 VV)
- Die deutsche Nationalversammlung muss den Vertrag annehmen, die dt. Regierung unterzeichnet diesen am 28. Juni 1919.
- Folgen: Entwicklung von Revanchismus und **Nationalismus** im dt. Bürgertum, **wirtschaftliche Probleme**, Anlass für **rechte Propaganda** gegen die Demokratie: Demokratische Politiker werden als „Novemberverbrecher“ und „Erfüllungspolitiker“ beschimpft.

4. Bedrohung der Republik von links- und rechtsradikalen Gruppen

| Radikale Richtung | Links (sozialistisch) | | Rechts (nationalistisch) |
|---------------------------|------------------------------|--|---|
| Parteien | KPD | Politisch zu schwach für einen Umsturz | DNVP, ab 1924 NSDAP im Reichstag vertreten |
| Bewaffnete Organisationen | „Rote Armee“ | Kampf gegen die Weimarer Republik auf der Straße | Freikorps, ab 1921 SA (= „Sturmabteilung“ als Schlägertruppe der NSDAP mit brauner Uniform) |

Methoden am Beispiel der Rechtsradikalen:

- Propaganda: **Hetze** gegen den Versailler Vertrag und gegen die Demokratie, Verbreitung der „Dolchstoßlegende“.
 - Politische Morde: z.B. **Erzberger** (Finanzminister, Zentrum, 1921) und **Rathenau** (Außenminister, DDP, 1922).
 - Gewaltsame Umsturzversuche: **Kapp-Putsch** (März 1920, zeigt, dass sich der Staat gegen die rechte Bedrohung nicht auf die Reichswehr verlassen kann: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“) und **Hitler-Putsch** (Nov. 1923) -> *siehe Infoblatt*.
- ➔ Deutsche Gerichte verurteilen rechte Täter sehr milde. Vorwurf: „Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind“.
- ➔ Deutschland als „Demokratie ohne Demokraten“.

5. Das Krisenjahr 1923: Ruhrkampf und Inflation

Probleme der deutschen Wirtschaft und der Staatsfinanzen:

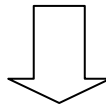
- Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft
 - Überforderung durch Reparationszahlungen
 - Rohstoffausfälle durch Gebietsverluste
 - Kriegsrenten und Zinsen für Kriegsanleihen
- Ende 1922: Die Weimarer Republik ist **zahlungsunfähig**. Internationaler Kursverfall der Mark.
- Januar 1923: **Besetzung des Ruhrgebietes** durch französische und belgische Truppen wegen Rückstands bei Sachlieferungen.
- **Ruhrkampf** als dt. Reaktion: passiver Widerstand, Generalstreik.
- Verschärfung der Finanzkrise, Reichsbank vergrößert Geldmenge.
- Rapide Zunahme der Geldentwertung: **galoppierende Inflation!**

Folgen:

- September 1923: Abbruch des Ruhrkampfes.
- November 1923: **Währungsreform** („Rentenmark“).
- Zerrüttung der Wirtschaft, Verelendung, Arbeitslosigkeit (Steigung von Juli – Dezember 1923 von 3,5% auf 28,2%). Plünderungen, politische Radikalisierung (Hitler- Putsch Nov. 1923 und kommunistische Aufstände).

6. Jahre der Entspannung und relativen Stabilität 1924 - 1929

| <u>Wirtschaftliche Erholung</u> | <u>Außenpolitische Erfolge</u> |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Währungsreform (1 Billion : 1)• Neuregelung der Reparationen (Dawes-Plan)• Internationale Kredite (v.a. aus den USA) für deutsche Wirtschaft (= gefährlicher Aufschwung „auf Pump“)• Einführung der Arbeitslosenversicherung und insgesamt höhere Sozialausgaben | <ul style="list-style-type: none">• Ende der Ruhrbesetzung• Verträge von Locarno v.a. mit F/Belgien und Polen 1925 fördern die europäische Entspannung.• Friedensnobelpreis für die Außenminister Stresemann (DVP) und Briand• Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (1926) |



- „Ära Stresemann“: Wirtschaftliche Erholung und außenpolitische Anerkennung Deutschlands.
 - „Die Goldenen Zwanziger“: Neue Lebensfreude und vielseitige kulturelle Blüte. Berlin wird als „Kulturhauptstadt Europas“ bezeichnet. Glamour, Nachtclubs, aber auch hohe Kriminalität.
- ➔ Die radikalen Feinde der Demokratie verlieren vorübergehend an Bedeutung. Die grundsätzlichen Gefahren für die Weimarer Republik bleiben aber (vgl. Wahl des antidemokratisch-kaiserlich eingestellten **Hindenburg** zum **Reichspräsidenten** 1925).

7. Die Schicksalsjahre für die Weimarer Republik 1929/1930

➤ 1929!

- August: Young-Plan (Neuregelung der Reparationen: 116 Mrd. Mark in 59 Jahresraten) -> demagogisches Ausnutzen für rechte Propaganda („Joch der Youngsklaverei“ und Volksbegehren gegen den Youngplan) -> neue Radikalisierung gegen die Republik.
- 3. Oktober: Tod Stresemanns. Seine starke Persönlichkeit als ausgleichende Autorität in Deutschland und verlässlicher Partner in der Außenpolitik war nicht zu ersetzen.
- 24. Oktober: „black friday“ = Börsenkrach in New York (Grund: Spekulationskrise in USA) -> Einführung von Schutzzöllen und Rückforderung von Auslandskrediten -> Ausweitung zur Weltwirtschaftskrise.

➤ Folgen der Weltwirtschaftskrise für Deutschland

| <i>wirtschaftlich/sozial</i> | <i>politisch</i> |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none">- Steigende Arbeitslosigkeit 1927: 1,3 Mio. (6,2%), 1932: 5,6 Mio. (29,9%)- Produktionsrückgang in der Industrie auf 50%- Zusammenbruch der Banken 1932- Steigende staatliche Sozialausgaben, aber dramatisch sinkende Steuereinnahmen | <ul style="list-style-type: none">- Regierungskrise: Konflikt zwischen SPD („Arbeiterpartei“) und DVP („Partei der Industrie“) eskaliert wegen Streits um die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.- 27.3.1930: Rücktritt der Regierung (Kanzler Müller, SPD), also Scheitern der „Großen Koalition“ (SPD, Zentrum, BVP, DDP, DVP) |

- ➔ Sparpolitik (= Deflationspolitik) des neuen Kanzlers Brüning (Zentrum): Verhinderung einer Inflation wie 1922/23, aber Verarmung der Arbeiterschaft.
- ➔ Rechtsruck der DVP nach dem Tod Stresemanns.
- ➔ Demokratisch eingestellte Mehrheit im Reichstag nicht mehr möglich.
- ➔ Große Gewinne der radikalen Parteien in den folgenden Wahlen.

8. Die entscheidenden Wahlen gegen die Demokratie

- Die Reichstagswahlen von 1930
- **Ergebnis:** Demokratische Parteien verlieren die Mehrheit (280 von 577 Sitzen). Anwachsen der NSDAP auf 18%.
- **Folgen:** Funktionsunfähigkeit des Reichstages, radikale Propaganda und ständige Provokationen der SA auf der Straße zeigen ihre Wirkung: Vertrauensverlust in die Republik, Absturz der deutschen Aktien: Verstärkung der Wirtschaftskrise in Deutschland.

- Die Reichspräsidentenwahlen von 1932
- Hitler als Kandidat gegen Hindenburg.
- Die SPD muss Hindenburg unterstützen, um Hitler zu verhindern.
- Sieg Hindenburgs im 2. Wahlgang mit 53%.
- Also: Demokratische Bürger müssen den antidemokratischen 85-jährigen Hindenburg wählen.

9. Das Ende der Weimarer Republik: Die Präsidialkabinette von 1930 bis Januar 1933

- Ab 1930 regieren die Reichskanzler **ohne** Parlamentsmehrheit nur in Zusammenarbeit mit dem Reichspräsidenten. Folgende Artikel der Verfassung machen dies möglich:
 - Art. 53: Ernennung des Kanzler durch den Präsidenten: Abhängigkeit der Regierung (= Kabinett) vom Präsidenten (Kanzler Brüning März 30 – Juni 32, von Papen Juni 32 – Dez. 32, von Schleicher Dez. 32 – Jan. 33).
 - Art. 48: Der Präsident kann bei Feststellung einer Ausnahmesituation mit **Notverordnungen** Gesetze in Kraft setzen, die vom Reichstag zuvor abgelehnt wurden.
 - Art. 25: Auflösung des Reichstages nach Ablehnung der Notverordnung (Neuwahlen nach 60 Tagen).

- Folge: Der Art. 48 ermöglicht **Machtmissbrauch des Reichspräsidenten** (und dessen rechten Beratern) durch Umgehung des Parlaments.

- Hinzu kommt, dass mit Art. 48 bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung auch **Grundrechte außer Kraft gesetzt** werden können (z. B. Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit ...).

- **Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933** durch Reichspräsident Hindenburg
 - Bildung einer Koalition von NSDAP und DNVP („Regierung des nationalen Zusammenschlusses“).
 - Fehleinschätzung der DNVP, man könne Hitler durch die Regierungsarbeit zähmen und für die eigenen Ziele nutzen.
 - Der Begriff „Machtergreifung“ ist nationalsozialistische Propaganda!